

Änderungsantrag „Innerparteiliche Demokratie“

Im Folgenden nun die Änderungsvorschläge für eine demokratische und fortschrittliche Satzung der Alternative für Deutschland in Bayern.

Der Antrag kann den Mitgliedern gesamt zur Abstimmung vorgelegt werden. Falls die Mitglieder dem Gesamtantrag nicht zustimmen, sollen die Ziffern den Mitgliedern einzeln zur Abstimmung vorgelegt werden.

Der gesamte Änderungsantrag soll im Wortlaut mindestens 10 Tage vor dem Landesparteitag veröffentlicht und den Mitgliedern zugesandt werden.

1. Geschäftsordnung des Vorstandes

ERGÄNZUNG DES § 11, hier Abs. 11 Der Landesvorstand, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 11 (11) Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung und eine Entschädigungsordnung, die der Zustimmung des Landesparteitages bedürfen.

Die Geschäftsordnung umfasst mindestens folgende Regelungen:

- *Aufgaben und Kompetenzen der Vorstandsmitglieder*
- *Dokumentation der Sitzungen und deren Protokolle*
- *Beurkundung von Beschlüssen des Vorstandes*

Die Entschädigungen und Vergütung an Parteimitglieder und parteiliche Amtsträger werden in der Entschädigungsordnung geregelt.

Begründung:

Die Geschäftsordnung als Fundament für Information und Transparenz.

Auch die Bezahlung von Parteitätigkeiten bedarf der Regelung und Legitimation.

2. Transparenz und Unabhängigkeit

ERGÄNZUNG DES § 11, hier Abs. 11 Der Landesvorstand, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 11 (16) Mitglieder des Landesvorstandes müssen von ihnen ausgeübte bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten in Aufsichtsräten, Verbänden und Vereinen oder von ihnen abgeschlossene Beraterverträge gegenüber dem Landesparteitag offenlegen.

Begründung:

Mindestanforderung aus der Satzung der „Grünen“ zur Gewährleistung von Transparenz und zum Schutz der Partei vor undemokratischer Einflussnahme.

3. Progressiv-demokratische Kommunikationsformen

ERGÄNZUNG DES „§ 11 Der Landesvorstand“, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 11 (12) Die Information, Kommunikation und Meinungsbildung der Partei wird nutzerfreundlich internetbasierend umgesetzt und dient auch der innerparteilichen, demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Die Gesamtverantwortung der technischen Infrastruktur und Koordination wird einem Vorstandsmitglied übertragen und in der Geschäftsordnung nach § 11 Abs 11 festgelegt.

§ 11 (13) Die Internet-Anwendung(en) nach § 11 Abs. 11 implementieren folgende innerparteiliche Aufgabenstellung:

- a) Information und Kommunikation des Vorstandes nach § 11 Abs. 3*
- b) Kommunikation und Interaktion der Mitglieder und des Vorstandes*
- c) Veröffentlichung von Terminen, Beschlüssen, Anträgen, Tagesordnungen, Kandidatenlisten und Bewerbungen in zeitlich angemessener Dringlichkeit.*
- d) Veröffentlichung bezüglich der Bildung und Beschlüsse von Kommissionen und anderer Parteigremien*
- e) Abbildung innerparteilicher demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung, insbesondere der Parteisatzung und –ordnungen, Parteiprogramm und Besetzung von Parteigremien.*

Begründung:

Den Kritikern der Alternative zum Trotz wünschen wir uns eine moderne, weltoffene und bürgernahe Mitgliederpartei. Das Fundament dieser innerparteilichen Demokratie kann heute nur durch die Nutzung internetbasierender Informations- und Kommunikationssysteme sichergestellt werden.

Skepsis und kritische Hinweise auf die Zerwürfnisse der ausgeprägt internet-affinen Piratenpartei sind unbegründet. Die Ursache dieser Querelen ist nicht im spektakulär „netzdemokratischen“ Entwurf der Piraten zu suchen. Nährboden der Dissonanzen sind dort zum einen die beteiligten Personen, die sich schon mal selbst als Nerd, Freak, Spinner und Exot bezeichnen. Ferner birgt das primär am ungehinderten Medien-Konsum orientierte Parteiprogramm Konfliktpotential. Faktoren, die bei der Alternative keine Gefahr darstellen.

4. Zusammensetzung des Vorstandes § 11 (14)

ERGÄNZUNG DES „§ 11 Der Landesvorstand“, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 11 (14) Im Landesvorstand dürfen nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder Abgeordnete sein. Mitglieder des Landesvorstandes dürfen nicht Fraktionsvorsitzende im Landtag sein.

Begründung:

Nach dem Vorbild moderner basisdemokratischer Parteien soll mit dieser Regelung die Verzahnung und Koppelung der Abgeordneten mit der Parteibasis sichergestellt werden. Schließlich soll die Parteispitze vor dem Verlust der Bodenhaftung geschützt werden.

5. Zusammensetzung des Vorstandes § 11(15)

ERGÄNZUNG DES „§ 11 Der Landesvorstand“, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 11 (14) Mitglieder des Landesvorstandes dürfen nicht gleichzeitig im Bundesvorstand sein.

6. Tätigkeitsbericht des Vorstandes

ERGÄNZUNG DES „§ 11 Der Landesvorstand“, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 11 (15) Der Landesvorstand liefert zum Parteitag einen schriftlichen Tätigkeitsbericht ab, wobei jedes Vorstandsmitglied den Report seiner Tätigkeiten in Einzelverantwortung erstellt.

7. Entlastung des Vorstandes

ÄNDERUNG DES § 12 Der Landesparteitag, ZUR ABSTIMMUNG:

Jetzige Regelung:

§ 12 (15) Der Landesparteitag kann per Akklamation mit Dreiviertelmehrheit den Landesvorstand oder einzelne seiner Mitglieder abwählen oder bestätigen.

Änderungsvorschlag:

§ 12 (15) Der Landesparteitag nimmt den Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes entgegen. Anschließend stimmt der Landesparteitag über die Entlastung des Vorstandes ab und spricht ihm das Vertrauen aus. Verweigert der Landesparteitag dem Vorstand die Entlastung, entscheiden die Mitglieder/Delegierten über die gesamte Neuwahl des Vorstandes oder die Abstimmung über die Entlastung der einzelnen Vorstandsmitglieder und deren entsprechenden Neuwahl.

Begründung:

Die Notwendigkeit einer **Dreiviertelmehrheit** für die Abwahl (Misstrauensvotum/Vertrauensentzug) eines politischen Mandatsträgers wäre tatsächlich ein einmaliges Quorum in der westlichen Demokratie. Nicht nur das diese Formulierung einen Affront gegenüber der innerparteilichen Mitbestimmung darstellt und Zweifel am demokratischen Verständnis der Verfasser hervorruft. Die Regelung liefert zudem einen leichten Angriffspunkt für die kritische Presse und konkurrierenden Parteien.

8. Mindestzeitraum zwischen Landesparteitag

STREICHUNG DES § 12 (19) Der Landesparteitag, ZUR ABSTIMMUNG:

Jetzige Regelung:

§ 12 (19) Zwischen zwei außerordentlichen Landesparteitagen muss ein Mindestzeitraum von sechs Monaten liegen, es sei denn, der Landesvorstand beschließt einen kürzeren zeitlichen Abstand.

Änderungsvorschlag:

Streichung der Begrenzung.

9. Wahl des Landesvorstandes

ERGÄNZUNG DES § 12 Der Landesparteitag, ZUR ABSTIMMUNG:

Jetzige Regelung:

§ 12 (8) Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand, außerdem das Landesschiedsgericht, die Rechnungsprüfer und ihre jeweiligen Stellvertreter. Diese Wahlen finden gleich, geheim und unmittelbar spätestens nach zwei Jahren statt, Rechnungsprüfer können auch in offener Abstimmung gewählt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt. Die Briefwahl ist nicht möglich.

Änderungsvorschlag:

§ 12 (8) Der Landesparteitag wählt nach einem Präferenzwahlssystem (z.B. Rangfolgeverfahren/ Instant-Runoff-Voting) die folgenden Funktionen in jeweils einem Wahlgang:

- a) Vorsitz inklusive Stellvertreter*
- b) Schatzmeister inklusive Stellvertreter*
- c) Schriftführer inklusive Stellvertreter*
- d) Schiedsgericht*
- e) Rechnungsprüfer*

Begründung:

Die Wahl gemäß Änderungsvorschlag hat im Vergleich zum derzeitigen Verfahren folgende Vorteile:

- *weniger Wahlvorgänge*
- *taktikresistenter*
- *Reduzierung persönlicher Animositäten („Kampfkandidatur“, „Königsmörder“,...)*
- *der Kandidat mit der insgesamt höchsten Akzeptanz kann sich durchsetzen*

10. Rechnungs- und Kassenprüfung

ERGÄNZUNG DES § 12 Der Landesparteitag, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 12 (19) Rechnungs- und Kassenprüfung

Den vom Landesparteitag gewählten Rechnungsprüfern obliegen folgende Rechte und Pflichten:

- a) Prüfung des finanziellen Tätigkeitsberichts des Vorstandes*
- b) Überprüfung der Rechnungsabschlüsse, Haushaltsführung und der Einhaltung der Finanzordnung.*
- c) Sie führen die Überprüfungen mindestens halbjährlich durch. Spätestens zwei Wochen vor dem Landesparteitag führen sie eine Überprüfung durch und fertigen einen Prüfbericht, der spätestens eine Woche vor dem Landesparteitag veröffentlicht wird.*
- d) Die Rechnungsprüfer haben das Recht, Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu verlangen, und auf Wunsch Kopien persönlich ausgehändigt zu bekommen.*

Begründung:

Eine Begründung scheint überflüssig.

11. Die Parteimitglieder entscheiden über Koalitionsvereinbarungen zur Regierungsbildung

ERGÄNZUNG DES § 12 Der Landesparteitag, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 12 (23) Der Landesparteitag entscheidet über die Beteiligung an Regierungskoalitionen. Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung des Landesparteitages. Hierzu hat der Landesvorstand vor einer etwaigen Regierungsbeteiligung einen Landesparteitag einzuberufen.

Begründung:

Das bundesdeutsche Wahlrecht führt tendenziell zu Regierungen von Parteienkoalitionen. Unmittelbar nach der Bundes-/Landtagswahl verhandeln die Gremien von zwei oder mehr Parteien über die Bildung von Regierungskoalitionen. Traditionell werden nach erfolgreichem Abschluss der Gespräche in Koalitionsvereinbarungen („Koalitionsvertrag“) die Ziele und Grundpositionen der folgenden Regierung definiert. Wähler und Parteimitglieder müssen oftmals bereits hier die geringe Verlässlichkeit sogenannter „Wahlversprechen“ erkennen.

Hier soll der Änderungsvorschlag gegensteuern. Koalitionsvereinbarungen sollen vor dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen dem Parteitag zur verbindlichen Abstimmung vorgelegt werden. Dies sichert die parteidemokratische Legitimation und die Identifikation der Parteibasis mit der zukünftigen Regierung. Zudem soll ein über die Parteigrundsätze erhobenes, persönliches Machtstreben einzelner Mandatsträger verhindert werden, wie es in den etablierten Parteien zu beobachten ist.

12. Neuwahl des Vorstandes bei abgelehntem Koalitionsvertrag

ERGÄNZUNG DES § 11 Der Landesvorstand, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 11 (11) Lehnt der Parteitag die Koalitionsvereinbarungen nach § 12(24) ab, entscheidet der Parteitag mehrheitlich über eine Neuwahl des Landesvorstandes nach Abs 4.

13. Durchführung und Vorbereitung von Wahlen

ERGÄNZUNG DER SATZUNG „§ xx Durchführung und Vorbereitung von Wahlen“, ZUR ABSTIMMUNG:

§ xx (1) Bei Wahlen zu Parteiämtern oder Bewerberaufstellungen zu öffentlichen Wahlen muss allen Kandidaten die gleiche Chance eingeräumt werden. Hierzu zählt auch die Vorstellung und Veröffentlichung der Kandidatur. Den zur Wahl berechtigten Mitgliedern müssen die Informationen über die Kandidaten mindestens fünf Tage vor der Wahl zur Verfügung gestellt werden.

§ xx (2) Als Wahlverfahren sind starre Wahllisten oder die Blockwahl grundsätzlich nicht zulässig. Die Wahl von mehreren Mandaten/Ämtern in einem Wahlgang ist zulässig, wenn den Mitgliedern durch ein entsprechendes Vorzugswahlssystem die Festlegung der Präferenz und dessen Intensität der Kandidatenwahl ermöglicht wird.

14. Urabstimmung

§ 14 Urabstimmung:

§ 14 (2) Die Urabstimmung findet statt auf Antrag

- a) von zehn von Hundert der Mitglieder, wobei diejenigen Mitglieder nicht berücksichtigt werden, die zum Zeitpunkt der Antragstellung mit ihren Mitgliedsbeiträgen im Rückstand sind, oder*
- b) von fünfzehn Kreisverbänden oder von drei Bezirksverbänden oder des Landesparteitages.*
- c) Die Antragsteller legen durch die Antragsschrift den Inhalt der Urabstimmung fest.*

§ 14 Urabstimmung, Änderung, zur Abstimmung:

§ 14 (2) Die Urabstimmung findet statt auf Antrag

- a) von **fünf** von Hundert der Mitglieder, wobei diejenigen Mitglieder nicht berücksichtigt werden, die zum Zeitpunkt der Antragstellung mit ihren Mitgliedsbeiträgen im Rückstand sind, oder*
- b) von **einem Zehntel** der Kreisverbänden oder von drei Bezirksverbänden oder des Landesparteitages.*
- c) Die Antragsteller legen durch die Antragsschrift den Inhalt der Urabstimmung fest.*

Begründung:

Die Quoren für eine Urabstimmung müssen auf akzeptable Werte angepasst werden.

15. Aufstellungsversammlung für die Wahlen zu Volksvertretungen als eigenständiger Termin

ERGÄNZUNG DES § 15, ZUR ABSTIMMUNG:

§ 15 (4) Die Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen erfolgt in einer eigenständigen wahlrechtlichen Mitgliederversammlung (nachfolgend Aufstellungsversammlung).

§ 15 (5) Die Einladungsfrist zu Aufstellungsversammlungen beträgt vier Wochen. Im Falle einer außerordentlichen oder vorgezogenen Wahl verkürzt sie sich auf fünf Tage. Auf Beschluss des Landesparteitages kann die folgende Aufstellungsversammlung ebenso auf höchstens fünf Tage verkürzt werden.

Begründung:

Die Bewerberaufstellung kann in einem vernünftigen Rahmen nicht während eines Landesparteitages durchgeführt werden.

16. Aufstellung der Wahllisten

§ 15 (5) Zuständig für die Aufstellung der Landesliste zur Wahl zum Deutschen Bundestag ist der Landesverband. Für die Aufstellung von Kreiswahlvorschlägen zur Wahl zum Deutschen Bundestag ist der Bezirksverband zuständig, der das Gebiet des Wahlkreises vollständig umfasst. Umfasst das Gebiet eines Kreisverbandes vollständig das Gebiet eines Wahlkreises, kann der Bezirksvorstand den Kreisverband mit der Aufstellung des Kreiswahlvorschlages beauftragen. Liegt ein Wahlkreis in mehreren Bezirken, bestimmt der Landesvorstand den zuständigen Bezirk.

Zuständig für die Aufstellung der Wahlkreisliste zu den Wahlen zum Bayerischen Landtag und den Bezirkstagen sind die jeweiligen Bezirksverbände. Wenn die Satzung des zuständigen Bezirksverbandes nichts Anderweitiges bestimmt, ist der Kreisverband, der einen Stimmkreis vollständig umfasst, für diesen zuständig. Liegt das Gebiet eines Stimmkreises über mehrere Kreisverbände verteilt, so bestimmt der Bezirksvorstand den zuständigen Kreisverband.